

Ressort: Politik

Justizministerin macht Druck bei Mietpreisbremse

Berlin, 27.05.2018, 00:00 Uhr

GDN - Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) macht Druck bei der Mietpreisbremse und fordert ihre Ministerkollegen auf, ihren vorliegenden Gesetzentwurf zur Verschärfung zügig zu verabschieden. Barley sagte der "Bild am Sonntag": "Die Mieten sind die soziale Frage unserer Zeit. Die Preissteigerungen, gerade in den Großstädten, sind teilweise der schiere Wahnsinn. Ich drücke bei dem Thema jetzt aufs Tempo und werde die Mietpreisbremse rasch verschärfen. Mein Gesetzentwurf ist fertig. Ich erwarte, dass er zügig verabschiedet wird."

Mit dem neuen Gesetz würden die Mieten wirklich gebremst, versprach Barley. "Denn wir vereinfachen den Weg, sich gegen überhöhte Mieten zu wehren. Der Vermieter muss Transparenz bei der Vormiete schaffen und klar sagen, warum seine Miete mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Tut er das nicht, sollen Mieter künftig Verstöße dagegen einfach rügen und das zu viel gezahlte Geld zurückverlangt werden." Auch sollen Mieter vor Luxussanierungen, nach denen sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, besser geschützt werden. "Das Raussanieren von Menschen aus ihren Wohnungen raubt Menschen ihr Zuhause. Dem werden wir einen Riegel vorschieben. Wer das tut, muss künftig mit rechtlichen Konsequenzen rechnen", sagte Barley. Die mögliche Mieterhöhung nach einer Modernisierung werde künftig begrenzt. Privat machte Barley, die in Berlin eine Zweitwohnung zur Miete hat, bereits Erfahrungen mit drastischen Mieterhöhungen. "Als ich die vor fünf Jahren von einer FDP-Kollegin übernommen habe, hat die Vermieterin übrigens auch was drauf geschlagen. Das blieb im Rahmen. Allerdings hab ich nach drei Jahren eine kräftige Erhöhung von 15 Prozent bekommen. Das Maximum dessen, was man darf." Als Justizministerin sei es eher schwerer eine Wohnung zu finden, so Barley. "Hat aber nichts mit dem Ministerium zu tun, sondern mit dem Jurastudium. Juristen und Lehrer gehören bei Vermietern nicht zu den beliebtesten Berufsgruppen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-106724/justizministerin-macht-druck-bei-mietpreisbremse.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com